



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Universitätsbibliothek Paderborn**

## **Streiflicht**

**Gesamthochschule Paderborn**

**Paderborn, 1975,1-4; damit Ersch. eingest.**

Hochschulpolitik

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8520**

Erweiterung unserer Hochschulkapazitäten.

In den vergangenen Jahren hat dieses Bauvolumen manches Mal konjunkturpolitische Kopfschmerzen verursacht.

Die Baustufe 1975 der neuen Gesamthochschulen aber ist konjunkturpolitisch nicht nur unbedenklich, sondern paßt geradezu ideal in die konjunkturelle Landschaft. Die neuen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sollen ja nicht die allgemeine Struktur verbessern und damit nur Studienplätze bieten, sondern auch den Arbeitsmarkt in den peripheren Gebieten des Landes anregen. Dazu hat die Gesamthochschule Paderborn schon in ihrer ersten Bauphase beigetragen und damit das landesplanerische Konzept bestätigt, das dieser Hochschule zugrunde liegt.

Ich wünsche den Neubauten der Gesamthochschule Paderborn eine zügige Vollendung - zum Wohle unserer Jugend und der Bürger Ostwestfalens."

-----

Im Mai fanden in Düsseldorf die Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und der FDP statt.

Nachfolgend werden die Ergebnisse dieser Verhandlungen im Bereich der Hochschulpolitik im Wortlaut veröffentlicht:

1. Bei der Novellierung des Hochschulrechts ist auf den in der 7. Wahlperiode erzielten Verhandlungsstand zwischen den Koalitionsfraktionen zurückzugreifen. Das Hochschulrahmengesetz des Bundes ist zu berücksichtigen. Die Schaffung eines zusammenfassenden Landeshochschulgesetzes wird in der weiteren Arbeit der Legislaturperiode ins Auge gefaßt.
2. Eine Neuordnung des Hochschulzugangs und eine Verbesserung des Rechts der Hochschulzulassung werden angestrebt. Das Land ergreift Initiativen für die erforderlichen bundeseinheitlichen Maßnahmen. Die Abiturnoten sind untereinander und mit den Noten anderer Hochschulzugangsberechtigungen vergleichbar zu machen. Im Interesse eines gerechteren Zulassungsrechts muß der Gewichtung unterschiedlicher Zu-

lassungsvoraussetzungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

3. Die Gesamthochschulen und die Fernuniversität sind wesentlicher Bestandteil der hochschulpolitischen Konzeption der Koalition. Ihr weiterer Ausbau erfordert vor allem
- die Sicherung der Gleichwertigkeit und Konvertierbarkeit ihrer Studiengänge mit Studiengängen anderer Hochschulen,
  - die Verbesserung und Verstärkung des Praxisbezuges in Lehre und Ausbildung,
  - den Übergang von Fachoberschulabsolventen, die dies Grundstudium in integrierten Studiengängen abgeschlossen haben, in Lehramtsstudiengänge.

Die Bestimmung über den Zeitpunkt für die Umwandlung von Gesamthochschulbereichen in Gesamthochschulen ist zu ändern. An die Stelle des festen Termins sollen die sachlichen Voraussetzungen bestimmt werden, unter denen die Umwandlung vorgenommen werden kann oder soll.

Im stufenweisen Aufbau der Fernuniversität sind weitere

Ausbildungsangebote für Absolventen von Kurzstudiengängen vorzusehen. Bei den Gesamthochschulen sind Möglichkeiten eines Aufbaustudiums zu prüfen.

4. Weitere Studienreformkommissionen sind einzusetzen; die Erfahrungen aus den integrierten Studiengängen an den Gesamthochschulen müssen in ihre Arbeit einbezogen werden. Dabei ist insbesondere aus Kapazitätsgründen die Errichtung von Kurzstudiengängen an allen Hochschulen in möglichst vielen Fachrichtungen anzustreben.
5. Die im Wissenschaftsbereich zur Verfügung stehenden Mittel werden auf den Ausbau der fünf Gesamthochschulen konzentriert, um deren Gleichwertigkeit mit den anderen wissenschaftlichen Hochschulen zu sichern.

Der Aufbau der drei neuen Universitäten, der Fernuniversität und der vier hinsichtlich der benötigten Kapazität zu überprüfenden Klinikgroßprojekte wird im Rahmen des finanzpolitisch Möglichen fortgesetzt.

Kapazitäten der übrigen Hochschulen sind auf Mangelfächer umzuschichten. Staatliche Eingriffe, vor allem im Bereich der Besetzung und Umwidmung von Lehrstühlen werden notwendig werden."

-----